

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

14.2.1922 (No. 38)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3615.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur: C. U. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 80 P. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die eine größere Verbreitung an die Kontroversenfälle der Karlsruher Zeitung. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Der Sturm gegen den Reichskanzler.

Daß die Deutschnationalen, die Unabhängigen und die Kommunisten gegen den Reichskanzler wegen seiner Haltung im Eisenbahnerstreik ein Mißtrauensvotum beantragten, kann man schließlich verstehen. Es sind die radikalen Parteien der Rechten und der Linken, die von ihrem Standpunkt aus eine Politik der Mitte nicht mitmachen wollen und gerne die Gelegenheit ergreifen, einer Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, die sich demüßigt, in ihrer Politik die mittlere Linie festzuhalten. Daß eine solche Politik heute die einzig richtige und mögliche ist, wissen wir. Und wenn es noch nachträglich eines Beweises dafür bedürft hätte, so erbringt eben die Tatsache, daß äußerste Rechte und äußerste Linke, jede von ihrem extremen Standpunkt aus, die Politik des Reichskanzlers mißbilligen, diesen Beweis.

Ganz anders aber liegen die Dinge bei der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei hatte sich in der letzten Zeit mit bemerkenswerter Offenheit und Entschiedenheit zu einer Politik der Mitte bekannt. Wenn sie jetzt im Reichstag gegen ein Kabinett der Mitte Front macht — zumal in einer Form, die viel schroffer ist, als die von den extremen Parteien für zweckmäßig befundene —, so kann das nur geschehen aus zwei Gründen: Entweder ist der Deutschen Volkspartei das Verhalten zu einer Politik der Mitte leid geworden, oder aber die Partei opponiert aus persönlichen Motiven, aus Motiven persönlicher Berührung heraus. Wir glauben, daß der zweite Beweggrund der entscheidende ist.

Schon nach der Ernennung Rathenaus zum Reichsaußenminister mußte dem Eingeweihten klar werden, daß die Deutsche Volkspartei im Reichstag nicht in der Lage war, sachliche Erwägungen persönlichen Wünschen und Ambitionen überzuordnen. Nach Abschluß des Steuerkompromisses unter den vier Parteien der Mitte war die Frage eines offiziellen Zutritts der Deutschen Volkspartei zur regierenden Koalition akut geworden. Praktisch wäre dieser Zutritt vor allem dadurch zum Ausdruck gekommen, daß die Deutsche Volkspartei einige Ministerstellen erhalten hätte. Die führenden Organe der Deutschen Volkspartei stellten sich nun sofort auf einen Standpunkt, der ungefähr nach dem Verfechter Wilhelm Buschs orientiert war: „Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr“. Und so hat man denn wohl in den Kreisen der führenden Parteipolitiker der Deutschen Volkspartei fest damit geredet, daß auch der Posten des Reichsaußenministers einem der übrigen, also wohl Herrn Stressemann, zufallen würde.

Der Reichskanzler bestimmte aus sachlich völlig einwandfreien Gründen und in Konsequenz seiner bisherigen Außenpolitik Dr. Rathenau zum Reichsaußenminister. Und sofort ging, wie auf ein verabredetes Zeichen, der Spektakel los. Er wäre noch größer geworden, wenn nicht der Eisenbahnerstreik die Aufmerksamkeit abgelenkt hätte. Aber andererseits bot nun gerade der Eisenbahnerstreik der Deutschen Volkspartei im Reichstag die willkommenen Gelegenheit, ihr Mißtrauen an dem Reichskanzler zu fühlen. Wir sind überzeugt, daß es dabei der Deutschen Volkspartei nicht nur darauf angekommen ist, dem Reichskanzler einen Schreden einzujagen, ihm eine „empfindliche Warnung“ zu erteilen, sondern, daß es ihr darauf ankam, den Kanzler zu stürzen.

Obwohl Dr. Wirth wahrlich immer wieder versucht hat, der Deutschen Volkspartei und den Volksmächten, die diese Partei vertritt, entgegenzukommen, hat die Deutsche Volkspartei es doch nicht über sich vermocht, das Kriegsbeil zu begraben. Sie hat es lediglich eine Zeit lang geschickt versteckt und holt es jetzt bei passender Gelegenheit mit umso wilderer Gebärde wieder hervor. Und sie formuliert ein Mißtrauensvotum, das überaus scharf gehalten ist, und das von der offiziellen Parteipresse in einer Weise kommentiert wird, die die persönliche Gehässigkeit dem Reichskanzler gegenüber deutlich hervortreten läßt und eine Überbrückung des gegenwärtigen zurzeit außerordentlich erschwert.

Durch dieses Verhalten hat die Deutsche Volkspartei der Entwicklung unserer inneren Politik, die nach Abschluß des Steuerkompromisses einen erfreulich ruhigen und verheißungsvollen Verlauf zu nehmen schien, erheb-

lich geschadet. Sie hat weiter der Autorität der Reichsregierung, die auch nach dem Eisenbahnerstreik fest verankert dastand, einen neuen Streich verjagt. Sachliche Motive können für ein derartiges Verhalten nicht maßgebend sein. Und es dürfte wohl kaum einen Politiker in unserem Vaterlande geben, der der Deutschen Volkspartei glauben wollte, wenn solche Motive von ihr geltend gemacht werden. Die persönliche Abneigung gegen den Reichskanzler, der unbezähmbare Drang nach maßgebendem Einfluß im Kabinett — ein Drang, der natürlich nur befriedigt werden kann, wenn eine Persönlichkeit, wie Dr. Wirth nicht mehr Kanzler ist — und das Verlangen einzelner Parteiführer nach ganz bestimmten Ministerstellen: alles dies erklärt den Vorstoß der Deutschen Volkspartei zur Genüge.

Wie heute vom „Badischen Beobachter“ mitgeteilt wird, wird der Reichskanzler morgen unbedingte Klarheit herbeiführen und deshalb eine Verschleierung des Vertrauensantrages nicht zulassen. Auch werde er sich mit einer Mehrheit von nur ganz wenigen Stimmen nicht zufriedengeben. Nach Lage der Dinge kann nur dann eine hinreichende Mehrheit zustande kommen, wenn außer dem Zentrum, den Mehrheitssozialdemokraten und den Deutschdemokraten, die für den Reichskanzler stimmen werden, auch noch die Bayerische Volkspartei und Teile der Unabhängigen ihre Stimme für ihn abgeben, und wenn von gewissen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei oder auch der Unabhängigen Stimmhaltung geistert wird.

Kritisch ist die Situation zweifellos. Aber wir rechnen damit, daß auch diese Krisis überwunden werden wird. Schon unsere Außenpolitik erfordert eine solche Weilegung der Krisis mit gebieterischem Zwang. Wir haben keinen andern Mann zur Verfügung, der in diesem Augenblick das Erbe Dr. Wirths mit der Aussicht auf außenpolitische Erfolge antreten könnte. Und es wäre geradezu eine Lächerlichkeit, wenn ein Mann, wie Dr. Wirth, der persönlichen Gehässigkeit, der unmaßlichen Politik ausgerechnet der Deutschen Volkspartei zum Opfer fallen würde. Es stände schlimm um unsere Zukunft, wenn die morgige Sitzung damit enden sollte, daß die Deutsche Volkspartei ihren Willen durchsetzt!

„Deutscher Hochmut“ und polnische „Demut“.

Man schreibe uns: Die polnische Presse ist eifrig darauf bedacht, Frankreich und besonders Herrn Poincarés Wunsch, Polen in den englisch-französischen Garantievertrag einzuziehen zu sehen, zu unterstützen. Polen hat ja gewiß ein unmittelbares Interesse an dem Erfolg der Forderung Poincarés, aber die polnische Presse benimmt sich als Selbstand zu ungehörig, daß Herr Poincaré Angst und Bange vor seinen Freunden werden muß.

Eins der Hauptargumente der polnischen Zeitungen ist die Behauptung, daß der deutsche „Hochmut“ — manche Blätter sagen auch „Dünkel“ — ins Unerträgliche gesteigert werden würde, wenn England die Forderung Frankreichs ablehnte und dadurch Deutschland sich der Unterstützung Englands sicher fühlen würde. Mit solchen Trugschlüssen darf man so guten Meiner, wie es die Engländer sind, nicht kommen. Wenn England Polen nicht in den Garantievertrag einbeziehen will, so ist Deutschland für den Fall einer Verwicklung mit Polen doch höchstens vor dem Drude Englands sicher, was doch noch Himmelweit entfernt ist von einer Unterstützung durch England. Man ist sich in Deutschland vielmehr ganz klar, daß im Falle eines deutschen Angriffskrieges gegen Polen England gar nicht daran denken würde, Deutschland zu unterstützen. Dann würde sich Deutschland den vereinten Heeren Frankreichs und Polens gegenüber sehen und woher bei einer solchen Sachlage der deutsche „Dünkel“ kommen sollte, ist geradezu unverständlich.

Daß ein ganz anderer Hochmut als der deutsche den Weltfrieden gefährden kann, das wird den Engländern von den Polen selbst klar gemacht. Der „Dziennik Powszechny“ hat kürzlich durch die Mitteilung eines Sejmabgeordneten an den Berichterstatter des Posener Mattes erfahren, daß England bereit wäre, einen Sachverständigen für Finanzangelegenheiten nach Polen zu entsenden, um die polnischen Finanzen in Ordnung zu bringen. Nach der Übergangung des Sejmabgeordneten steht aber die polnische Regierung der englischen Anregung kühl, um nicht zu sagen ablehnend, gegenüber — besonders soll der Finanzminister Michalski diese Haltung einnehmen —, weil die polnische, wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens eine solche Hilfe nicht als nötig erscheinen ließe. Wenn man an den Stand der polnischen Valuta, an die ungeheuren Schulden des polnischen Staats, an das riesige Defizit des polnischen Staatshaushalts von 1921 und das mit Sicherheit zu erwartende noch größere Defizit für das laufende Jahr denkt, dann muß man es als das Zeichen eines geradezu sträflichen Hochmuts an-

sehen, wenn Posen über den wohlgemeinten Vorschlag der Regierung eines so mächtigen Landes so einfach zur Tagesordnung übergeht.

Auch in der Frage der Garantie selbst nimmt Polen England gegenüber einen absonderlichen Standpunkt ein. So schreibt der „Dziennik Berlinski“: „Man muß seine tiefe Befriedigung darüber äußern, daß Poincaré die Frage eines Angriffs Deutschlands auf Polen als eine der wichtigsten Verbesserungen des Garantievertrags in den Vordergrund gestellt hat. Und wenn es ihm gelingen wird, in diesem Punkte die Nachgiebigkeit Englands zu erreichen, so würde die Bande unserer Dankbarkeit für Frankreich sich noch mehr festigen.“ England soll sich mithin den französisch-polnischen Wünschen gegenüber nachgiebig zeigen, also das Opfer der eigenen Meinung und Überzeugung bringen, dafür aber, daß es dieses Opfer bringt, will man nicht etwa sich ihm gegenüber dankbar zeigen, sondern nur gegen Frankreich. Man kann nicht sagen, daß diese Ansicht gerade dazu dienen kann, England zu einer Änderung seiner bisherigen Haltung in dieser Frage zu veranlassen. Im Gegenteil, England kann dadurch höchstens in seiner Auffassung bestärkt werden, denn ihm kann an der „Festigung der Bande zwischen Frankreich und Polen“ gar nichts liegen, weil die unbedingte Gefolgschaft Polens gegenüber Frankreich und damit die Steigerung des Übergewichts Frankreichs auf dem europäischen Kontinent durchaus nicht den Interessen Englands entspricht.

Während die Polen selbst einer Weltmacht wie England gegenüber gelegentlich anmaßend auftreten, zeigen sie nur gegen Frankreich wirkliche Demut. Sie, die sonst sehr empfindlich sind, lassen sich von Frankreich schlecht behandeln, ohne zu mucken. Eben jetzt wird ein polnisch-französischer Handelsvertrag unterzeichnet, der den Franzosen alle möglichen Vorteile bietet, für Polen aber nachteilig ist. Eben jetzt wird auch bekannt, daß in Frankreich lebende polnische Arbeiter sehr schlecht behandelt werden. Die Posener „Pravda“ meldet, daß polnische Bergleute in Frankreich wesentlich schlechter bezahlt werden als ihre französischen Berufsgenossen und daß sie gelegentlich von den französischen Kollegen mißhandelt werden und wenn sie sich darüber beschwerten, unrecht bekommen. Deshalb fähren die polnischen Arbeiter den Aufenthalt in Frankreich als eine Art von notwendigem Übel an. Es ist ein Ausnahmefall, daß die „Pravda“ derartige, die französische „Liebe“ für Polen eigenartig illustrierende Vorgänge mitteilt, im allgemeinen schweigen die polnischen Zeitungen solche Dinge tot, während sie natürlich, wenn Ähnliches polnischen Arbeitern in Deutschland zustiehe, ein mörderisches Geschrei erheben würden. Zum Ausgleich dafür aber, daß in Frankreich polnische Arbeiter als Parasiten behandelt werden, verkündet die polnische Presse triumphierend, daß im Posener Teilgebiete die „französische Kultur“ außerordentliche Fortschritte mache. Für Frankreich haben also die Polen nicht nur Demut, sondern hündisches Schweifwedeln übrig, gegen die Deutschen und selbst gegen England fleischen sie lurrnd die Zähne.

Die deutsche Kohlenproduktion des Jahres 1921.

Von Karl Menne, Abgeordneter, Oberhausen (Mhd.).

Steinkohlen sind in Preußen ohne Saarrevier im Dezember 11 616 469 Tonnen produziert worden gegenüber 11 659 930 Tonnen; im Deutschen Reich ohne Saarrevier und Pfalz 11 923 459 Tonnen gegenüber 11 927 393 Tonnen im Jahre 1920 und gegenüber 14 141 468 Tonnen im Jahre 1913 im Deutschen Reich ohne Elsaß-Lothringen, Saarrevier und Pfalz und gegen 15 599 694 Tonnen im Jahre 1913 im Deutschen Reich nach seinem damaligen Gebietsumfang. Die Steinkohlenförderung weist also im Monat Dezember sowohl in Preußen wie im Reich einen allerdings nur kleinen Rückgang gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres auf. Der Rückgang ist in Preußen größer wie im Reich. In Preußen beträgt er etwa 100 000 Tonnen, im Reich nur 4000 Tonnen. Der Anstieg in Preußen wird durch Steigerung der Förderung in Sachsen von 241 000 Tonnen auf 384 000 Tonnen ausgeglichen, so daß die gesamte Reichsförderung im Dezember fast genau die gleiche ist wie im Vorjahre. Die Ursache ist wohl in dem Wegfall der Über- und Nebenabfichten zu suchen, allerdings müßte dann eigentlich der Anstieg bei weitem größer sein. Da dies nicht der Fall und der Rückgang nur unbedeutend ist, ergibt sich, wie auch der Abgeordnete Steger im Landtag mit Recht hervorzuheben hat, relativ betrachtet, eine beträchtliche Steigerung der Gesamtförderung. Trotz Wegfalls der Überabfichten sind fast dieselben Mengen produziert worden wie im Vorjahre, was eine anerkennenswerte Steigerung der Arbeitsleistung der Bergleute bedeutet.

Die Braunkohlenförderung für Dezember 1921 stellt sich auf 9 022 541 Tonnen für Preußen gegenüber 8 323 178 Tonnen im Vorjahre. Im Deutschen Reich beträgt sie 11 029 226 Tonnen gegenüber 10 110 148 Tonnen im Jahre 1920 und gegen 7 500 000 Tonnen im Friedensjahre 1913. Sie ist also, absolut und relativ betrachtet, weiter gestiegen. — Von Januar bis einschließlich Dezember, also im Jahre 1921, sind in Preußen 131 457 456 Tonnen Steinkohlen gegen 127 028 327 Tonnen im Vorjahre 1920 gefördert worden, im Deutschen Reich 136 210 088 Tonnen gegenüber 131 340 797 Tonnen im Jahre 1920 und gegen 173 000 000 Tonnen für 1913 im Deutschen Reich in seinem jetzigen Gebietsumfang u. endlich gegen rund 190 000 000 Tonnen für 1913 im Deutschen Reichgebiet im damaligen Gebietsumfang. Für das Jahr 1921 insgesamt betrachtet, weist also die Steinkohlenförderung eine Steigerung von 4 500 000 Tonnen in Preußen und von fast 5 000 000 Tonnen im Reich auf.

Die Braunkohlenförderung stellt sich auf etwas über 100 000 000 Tonnen in Preußen gegenüber rund 92 000 000 Tonnen im Vorjahr, im Deutschen Reich auf 123 000 000 Tonnen gegen fast 112 000 000 Tonnen im Vorjahr und 97 000 000 Tonnen im Frieden.

Wenn auch nach den gezeigten Ziffern eine Zunahme der Steinkohlenförderung festzustellen ist, so verdient doch auch der allerdings nur kleine Rückgang der November- und Dezemberförderung nicht außer Acht gelassen zu werden. Es besteht ein Mangel besonders an hochwertigen Kohlen. Andererseits ist es zweifellos, die Produktion zu steigern, wenn es nicht gelingt, sie dem Wirtschaftsleben schnell zuzuführen. Denn es nützt nichts, daß die Produktion gehoben und die Kohlen auf die Halde gestürzt werden, sie müssen auch ihrem bestimmungsgemäßen Zweck zugeführt werden. Wenn also auf der einen Seite zur Vorbeugung einer Kohlennot und zur Beseitigung der Knappheit und vor allem auch zur Einhaltung der Reparationsleistungen an die Entente, Vermehrung der Belegschaft, Steigerung der Förderung eventuell durch Einlegung von Neben- und überflüssigen gefördert wird, so hängt andererseits die bessere Kohlenversorgung auch am Gelingen der Behebung der Transportmittel- und Verkehrsnot ab. Wenn beides erfüllt ist, wird eine Steigerung der Produktion dem deutschen Wirtschaftsleben erst voll zugute kommen und die davon erhofften wirtschaftlichen Früchte tragen. Man bedenke nur, von welcher Bedeutung die ausreichende Versorgung der Düngemittelfabriken mit Kohlen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und damit für die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Allgemeinheit ist.

Politische Neuigkeiten. Das Programm des Reichspostministeriums.

In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Verkehrsbeirates des Reichspostministeriums entwarf der Reichspostminister ein Programm zur Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb des Reichspost- und Telegraphendienstes. Nach Eingehen auf die Hauptgründe der großen Preisbeträge im Haushalt des Reichspost- und Telegraphenverwaltung gab er einige Zahlen über den Personalbestand bekannt und begründete die wiederholten Gehührensicherungen. Er kam zu dem Schluss, daß für 1922 mit Hilfe der am 1. Januar vollzogenen Gehührensicherungen ein Haushaltsplan wird durchgeföhrt werden können, in dem die Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen sind, unter der Voraussetzung, daß es gelingt, weiteren Ausgabensteigerungen wirksam zu begegnen.

Die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb hat das Reichspostministerium sofort nach Beendigung des Krieges in Verbindung mit den Arbeiten des Wiederaufbaus in Angriff genommen. Eine Reihe von Maßnahmen ist in den letzten drei Jahren verwirklicht worden; ein Teil der Arbeiten ist noch im Gange, da so wichtige Dinge der sorgfältigsten Überlegung bedürfen; ein Teil der Maßnahmen ist zur Ausführung für die Zukunft vorgesehen.

Aus dem umfangreichen Programm führte der Minister folgendes kurz an: Die Zuständigkeit der Oberpostdirektionen und der Verkehrsämter wird noch weiter ausgedehnt. Für später kommt die Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen in Betracht. Im Geschäftsbetrieb aller Dienststellen sollen Einfachheit und Wirtschaftlichkeit die Richtschnur bilden. Auf dem Gebiete des Personalwesens ist das vornehmste Ziel volle Ausnutzung der Arbeitskräfte und ihre wirtschaftliche Verwendung. Dem großen Arbeitsbedarf an Personal, den die Einführung des Auktionswesens erfordert, ist schon durch eine Verfügung vom September 1921 entgegengetreten, wonach Dienstbereitschaft nur zur Hälfte als Arbeitszeit zu bewerten ist. Die Vertretungskosten in Krankheits- und Urlaubsfällen werden auf das unumgängliche Maß beschränkt werden. Endlich sind auf technischem Gebiete noch mannigfache Verbesserungen der Betriebseinrichtungen in Aussicht genommen, um in möglichst weitem Umfange die Menschskraft durch Maschinen und mechanische Einrichtungen zu ersetzen.

Im Anschluß hieran führte Staatssekretär Dr. Bredow u. a. folgendes aus: Der Funkverkehr mit den Vereinigten Staaten ist durch Abkommen mit der Radio Corporation of America für 30 Jahre sichergestellt. Beschleunigung des Verkehrs ist dadurch erreicht, daß die Vereinigten Staaten eine eigene Großstation ausschließlich für den Verkehr mit der Funkstelle Nauen für 24stündigen Betrieb zur Verfügung gestellt haben. Auf deutscher Seite sind zur Hebung des Verkehrs funktelegraphische Zubringerlinien für den Funkweg dadurch geschaffen worden, daß die Funkverbindungen zwischen der Zentralfunkstelle Berlin und den größten Handelsstädten Deutschlands und einigen anliegenden Ländern direkt an die Überseefernen angeschlossen sind.

Ein großer Teil des deutschen Überseeverkehrs benutzt nach wie vor den Kabelweg, und zwar seit dem Verlust der deutschen Kabelverbindungen über England. Das Bedürfnis, neben den Funkverbindungen auch direkte Kabelverbindungen zu besitzen, ist immer dringender geworden. Nach langen Verhandlungen haben nunmehr die beiden größten amerikanischen Kabelgesellschaften sich bereit erklärt, mit deutschen Gesellschaften gemeinschaftlich den Wiederaufbau von zwei Kabelverbindungen durchzuführen. Während sich das Kabelabkommen auf Deutschland und die Vereinigten Staaten beschränkt, ist fast gleichzeitig eine weitergehende funktelegraphische Vereinbarung zustande gekommen. Die im internationalen Funkverkehr führenden Gesellschaften (in Amerika die Radio Corporation of America, in Deutschland A. G. „Drahtloser Überseeverkehr“, in England Marconi Wireless Telegraph Co., in Frankreich Compagnie Generale de Telegraphie sans fil) haben ein Abkommen über die Anwendung der Funktelegraphie im internationalen Verkehr geschlossen. Die Vereinbarung bezieht sich auf den Austausch technischer Erfahrungen und auf gemeinschaftliches Vorgehen in gewissem Ausmaß, um eine Zersplitterung der Kräfte und daraus folgende Unwirtschaftlichkeit der großen Funkverbindungen zu vermeiden. Die Beteiligten werden gemeinschaftlich zuerst in Argentinien und Brasilien, später auch in anderen Ländern Südamerikas Großstationen zum Verkehr nach allen Richtungen erbauen und betreiben. Mit Hilfe dieses Abkommens vermag Deutschland seine direkten funktelegraphischen Verkehrsbeziehungen in Kürze wesentlich zu erweitern.

Die Lebensmittelverteilung in Berlin.

Der Streik der Eisenbahnbeamten hat zu einer erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise geführt und damit von vornherein die Aufbesserung der Bezüge weitgemacht, die ihnen zugesprochen ist, die sie aber auch ohne den Streik erhalten hätten, wenn sie nur etwas Geduld gehabt hätten. Welche bösen Folgen der Streik für die Lebensmittelversorgung der Hauptstadt gehabt hat, schildert der Direktor der Zentralmarkthallen in einer Unterhaltung mit dem „Berliner Tageblatt“:

In den ersten Tagen des Streiks machte das Ausbleiben neuer Zufuhren sich verhältnismäßig wenig bemerkbar; bald aber trat eine große Knappheit ein, die sämtliche Preise in die Höhe schmeißte. Da die mit lebendem Vieh, mit Gemüse und Obst beladenen Güterzüge von den Eisenbahnern rücksichtslos dort stehen gelassen wurden, wo sie sich gerade bei der Verflämierung des Streiks befanden, sind die im Anrollen befindlichen Transporte durch den Frost wohl zum größten Teil vernichtet worden. Von den GröÙe des Schadens bekommt man einen Begriff, wenn man hört, daß auf dem Bahnhof in Frankfurt a. d. Oder das in mehreren Waggons befindliche Vieh getötet werden mußte. Durch Hunger und Frost war das Vieh so heruntergekommen, daß es für die menschliche Ernährung nicht mehr verwendet werden konnte. Wo es irgend möglich war, haben die Viehhändler die für sie bestimmten Schlachtvieh aus den stehenden Güterzügen mit Lastautomobil abgeholt und in die Schlachthäuser geschafft. Das Automobil hat in diesem Verkehrsstreik überhaupt eine überaus wichtige Rolle gespielt. In weit größerem Umfange als je zuvor wurde es für weite Überlandtransporte herangezogen, wodurch es gelang, die Wirkungen des Eisenbahnstreiks abzumildern. In vielen Fällen ist ja gegenwärtig der Gütertransport mit Automobilen rentabler als der Transport mit der Eisenbahn, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Automobile rationell ausgenutzt werden, was bei der Knappheit des jetzigen Streiks nicht erreicht werden konnte. So hat die Verbessehung von Lebensmitteln in Automobilen recht verteuert gewirkt. Das Fleisch ist im Großhandel pro Pfund ungefähr 6 Mark teurer geworden. Trotz der Einfuhr von Automobilen ist in den Streiktage etwa nur die Hälfte der Mengen herangefahren, die vor dem Streik auf dem Berliner Viehmarkt zur Verfügung standen. Außer dem Viehhandel hat auch der Großhandel für Mäckerwaren seine Waren in Automobilen aus Hamburg herbeigebracht. Infolgedessen herrscht in Berlin kein Mangel an Mäckerwaren, dafür aber eine außerordentliche Verteuerung. Eine Kiste Bücklinge mit ungefähr fünf Pfund Inhalt stellte sich hier im Großhandel auf ungefähr 90 Mark gegen 35 bis 40 Mark vor dem Streik. Ebenso hat die Gemüseversorgung durch Frost und Streik gelitten. War sie schon vorher ganz unzulänglich gewesen, so ist sie jetzt noch schlechter geworden. Die in der Zentralmarkthalle befindlichen Vorräte sind infolge des Verzuges der Zentralheizung restlos vernichtet worden, denn dort herrschte in den Streiktage eine Temperatur von 7 Grad unter Null. Ein Schaden von vielen hunderttausend Mark ist entstanden. Holland hat Überflutungen an Gemüse, aber ein einziger Kohlkopf würde nur für seinen Transport aus Holland nach Berlin ungefähr 5,50 Mark erfordern. Da die inländische Produktion an sich schon den Bedarf nicht deckt und da erhebliche Teile dieses Vorrates jetzt durch Frost und Streik vernichtet worden sind, ist nach dem alten Gesetz von Angebot und Nachfrage die Erhöhung der Preise eine unausbleibliche Folge.

Die Versorgung mit Kartoffeln, die schon vorher jammervoll war, ist aus den gleichen Gründen noch um einige Grade schlechter geworden. Auf der Straße nach Jülichau-Nauen und Oranienburg sind größere Transporte von den Eisenbahnern stehen gelassen worden und sämtlich erfroren. Es ist ein Fall bekannt geworden, daß ein Großhändler Kartoffeln in Automobilen vom Lande herbeibrachte und für jeden Zentner 60 Mark Frachtkosten hatte. Als die Kartoffeln hier ausgeladen wurden, stellte sich heraus, daß sie unterwegs erfroren waren. Die gestiegerte Kartoffelknappheit zeitigte eine stärkere Nachfrage nach Hülsenfrüchten, die nun ebenfalls wieder im Preise stiegen. Ausreichend waren die Fettvorräte. Die überaus teure Butter kommt als Nahrungsmittel überhaupt nicht mehr in Frage. Der verringerten Nachfrage konnten die vorhandenen Vorräte völlig entsprechen. Der Preis für Butter ist daher im allgemeinen nicht gestiegen, wohl aber der Preis für Schmalz, obwohl dieses und auch die Margarine in großen Mengen vorrätig sind. Wie es heißt, ist mit dem Schmalz, das fast ausschließlich aus Amerika kommt, Spekulation getrieben worden. Dem Frost ist namentlich viel Obst zum Opfer gefallen. Auch hier haben sich viele Händler mit Automobiltransporten, die aber verteuert wirken und nicht immer das Obst vor dem Erfrieren retten konnten.

Zum Tode Haubmanns.

Schreibt die „Frankf. Ztg.“ u. a.: Die Demokratie in Deutschland, nicht bloß die organisierte Deutschdemokratische Partei, hat eine ihrer repräsentativen Persönlichkeiten verloren. Es gibt im politischen Leben Führer der Tagespolitik, und es gibt Männer, in denen der Gedanke, der Geist, oft auch die Gesichte einer Partei oder einer Richtung sich persönlich darstellt. In diese zweite Reihe gehörte Conrad Haubmann. Darin lag wenigstens das Eigenste jenes Geistes; wenn er auch außerdem Parteiführer im anderen Sinne gewesen ist, besonders in seiner engeren schwäbischen Heimat, wozu an anderer Stelle weiter unten gehandelt wird. In Deutschland ist der demokratische Gedanke erst auf dem Wege, Eigenum des Gesamtvolkes zu werden, und ein lebendiges Stück dieses demokratischen Gedankens war der Mann, der jetzt in Stuttgart aus dem Leben schied.

Als Sohn des Achtundvierzigers Julius Haubmann, der dann den „Rebeller“ in Stuttgart herausgab, ward Conrad Haubmann am 8. Februar 1857 recht in die Demokratie hineingeboren. In ihm lebte ihre ganze Geschichte und Tradition, obgleich er bis an sein Ende viel zu lebendig gewesen ist, um nur Tradition darzustellen. Er wurde Rechtsanwalt in Stuttgart gemeinsam mit seinem Allzu früh verstorbenen Zwillingenbruder Friedrich Haubmann; gemeinsam mit ihm sah er im Württembergischen Landtag seit 1889 und seit 1890 im Deutschen Reichstag. Trotz Familientradition und dreißigjähriger parlamentarischer Tätigkeit war er kein Republikaner. In seinem bürgerlichen Beruf ein Anwalt großen Stiles und neben Beruf und Politik ein Mensch vielfältigen Lebens voll. Literarische und künstlerische Kräfte hat er aktiv und nicht ohne Anerkennung und wirkliches Verdienst betätigt (besondere Erwähnung fanden seine ästhetischen Vieder in deutschen Strophen: „Im Tau der Orchideen“). Doch aufs Ganze gesehen war Haubmann durch und durch politischer Mensch. Sein Interesse und seine Betätigung galten in erster Linie wohl Verfassungsfragen und den Vorkängen der auswärtigen Politik.

Verfassungsfragen beschäftigten ihn, auch abgesehen von seiner württembergischen Tätigkeit, schon im alten Reich, parlamentarisch wie schriftstellerisch, und nach dem Kriege wurde er der Nationalversammlung Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Als solcher hatte er neben Hugo Preuß, dem Schöpfer des Entwurfs, vielleicht das größte Verdienst am Zustandekommen der neuen Reichsverfassung in Weimar. Diese Verwirklichung des demokratischen Gedankens, in dem und für den er immer gelebt hat, im Grundgesetz seines deutschen Volkes war, wenn auch nicht der Abschluß, so doch wohl die Krönung dieses Demokratenlebens. Das andere Gebiet, das er in besonderer Maße zum Feld seiner Tätigkeit gemacht hat, war wie gesagt die Auswärtige Politik. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege war er einer der wenigen deutschen Volksvertreter, die Neigung, Mut, Willigung und Einficht

genug hatten, ernsthaft und systematisch um Deutschlands Außenpolitik sich zu sorgen, wenn das auch in jener kaiserlichen Zeit nur beobachtend, beurteilend und mahnend geschehen konnte. Allen imperialistischen und militaristischen Tendenzen war Conrad Haubmann ein unermüdlicher, oft satirisch florettierender, oft leidenschaftlich dreinschlagender Kritiker und Bekämpfer. Er war kein Dogmatiker internationalen Denkens und Fühlens; aber ganz bodenständige und kraftvolle Vaterlandsliebe führten ihn zur Vertretung einer Politik des Rechts und der Verständigung zwischen den Völkern. Dem Vermögen um solche Verständigung dienen dann seine persönlichen Beziehungen in den verschiedensten europäischen Ländern, auch in Frankreich, wo er mit Jean Jaurès in Verbindung stand. . . .

Württemberg und das ganze deutsche Volk hat viel verloren an Conrad Haubmann. Wir haben noch zu wenig politische Persönlichkeiten, um nicht jede von ihnen mit Trauer scheidend zu sehen. Die junge deutsche Demokratie wird den Geist, der diesen ihren Repräsentanten besetzt hat, lebendig und fortwährend erhalten müssen. Dann wird ihr und der Zukunft Deutschlands Conrad Haubmann, was er geleistet hat und was er gewesen ist, doch nicht verloren sein.

Vom deutschen Luftfahrzeugbau

Berichtet das WZ.: Das Londoner Ultimatum vom 5. Mai forderte u. a. vom Deutschland, daß die Produktion und Einfuhr von Luftfahrtmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden dürfe, an dem die internationalisierte Luftfahrt-Kontrollkommission anerkannt haben würde, daß der Artikel 202 des Vertrages von Versailles, der Deutschland die Auslieferung alles militärischen Luftfahrtgeräts zur Pflicht macht, vollständig ausgeführt sei.

Nach Annahme des Ultimatus ist zur Erfüllung dieser Forderung das Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues vom 29. Juni erlassen, durch das die gesamte deutsche zivile Luftfahrtindustrie, die eben wieder angefangen hatte, die Flügel zu rühren, brachgelegt wurde. Die deutschen Behörden in enger Zusammenarbeit mit dem Luftfahrzeugbau und Luftverkehr interessierten Kreisen bemühen sich seitdem mit allen Kräften, der Verpflichtung aus Artikel 202 zu genügen. Nach neunmonatiger Arbeit ist dies jetzt gelungen. Die Vorkonferenz hat am 1. Februar beschlossen, den Beginn der Parteizeit vom 5. Februar ab in Lauf zu setzen so daß am 5. Mai die Produktion und Einfuhr von Luftfahrzeugmaterial wieder aufgenommen werden können. Nach Ablauf dieser drei Monate wird auch die unter Leitung des Generals Masternan stehende Kommission als erste der drei vom Vertrag eingesetzten militärischen Kontrollkommissionen ihre Tätigkeit in Deutschland einstellen.

Die völlige Befreiung des Luftfahrzeugbaues von den Fesseln des Vertrages von Versailles und der ihn ergänzenden Abkommen bedeutet allerdings auch die Befreiung der Vorkonferenz nicht. Es bleibt die Deutschland ebenfalls durch das Londoner Ultimatum aufgezwungene Verpflichtung übrig, diejenigen Begriffsbestimmungen anzuerkennen, die von den alliierten Mächten aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der durch Artikel 108 des Vertrages verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Von diesen der deutschen Regierung bisher noch nicht mitgeteilten Begriffsbestimmungen, deren Einhaltung durch ein sachbezogenes noch zu schaffendes Organ zu überwachen sich die alliierten Regierungen vorbehalten haben, wird es abhängen, ob die deutsche Luftfahrtindustrie, die so reich an führenden Köpfen und an mutigem Unternehmungsgeist, die so lange gehemmte Kraft wirklich zum Nutzen des Landes neu entfalten kann.

Neue Eingeständnisse eines Kappisten.

Dr. Georg Martin Schiele, der als Angeklagter im Kapp-Prozess seine besonders rühmliche Rolle gespielt hat, wendet sich in einer Zuschrift an den „Reichsanwalt“ gegen den Vorwurf des Grafen Reventlow, der den Kappisten unanständiges Verhalten vorgeworfen hätte. Dr. Schiele begründet sein Verhalten vor dem Reichsgericht damit, daß er Familienvater sei und an eine sechsköpfige Familie zu denken habe. Mit Recht fügt Graf Reventlow hier die Bemerkung hinzu, daß man sich so etwas eigentlich vorher überlegen müsse. Das Ernstlichste an Schieles Rechtfertigungsversuch ist jedoch die Unverfrorenheit, mit der er zugibt, das Reichsgericht irre geführt zu haben. Er schreibt:

Seine inneren Pläne wird jeder für sich behalten haben. . . Wir hätten natürlich auch sagen können: Jawohl, wir wollen Führer gewesen sein. Dann müßte das Gericht verurteilen; ich wäre auf fünf Jahre im Gefängnis und wäre durch 300 000 M. Gerichtskosten für alle Zeit mit meiner sechsköpfigen Familie ruiniert. Ich hätte mich zwar vollkommen auf diese Möglichkeit eingestellt. Aber die Aussicht, dann bei einer Partei, die uns politisch und moralisch im Stich ließ und deren Presse uns beschimpft, betteln zu müssen (gemeint ist die Deutschnationale Partei) war keineswegs angenehm. Ich ziehe die Freiheit vor. Ich bin mir zwar bewußt, vieles verschwiegen zu haben, aber nicht gefagt zu haben, was einer Verleumdung des Untermenschen gleichkäme.

Das Bild der tapferen Führer, das der Leipziger Prozeß entrollt hat, wird durch diesen Beitrag eines herborkragenden Kappisten in wünschenswerter Weise ergänzt. Bemerkenswert ist übrigens auch ein Bekenntnis des Grafen Reventlow, das in seinem Nachwort zu dem Briefe Schiele enthalten ist. Er schreibt:

Ein Gewaltstreik, der in meinen Augen dauernden Erfolg versprach, hätte mich zum Anhänger gehabt. . . Das Recht der Gegenrevolution muß betont und aufrecht erhalten werden. . . Es gab im Jahre 1919 und 1920 Nationale genug, die von der Ausichtslosigkeit eines solchen Unternehmens überzeugt waren und es nur deshalb billigten, weil sie eben grundsätzlich nichts dagegen hatten, die aber nachher enttäuscht waren über die unvollkommenen Vorbereitungen.

Graf Reventlow gibt also freimütig — so bemerkt die „Frankf. Ztg.“ dazu — an, daß er keineswegs Gegner des Kapp-Putsch war, sondern nur, daß ihm das Unternehmen nicht ausreichend gesichert schien. Man kann aus diesem Geständnis von neuem erfahren, wie ernst die oft beteuerte „Gegnerschaft“ der Deutschen gegen den Kapp-Putsch zu nehmen ist.

Mittelalterliche Kriegsbarbarei.

Unter dieser Überschrift lesen wir in der „Grzd. Korresp.“ folgendes: „Das fürchterliche Aus unserer Wagnis-Gefangenen schildert ein Bericht, der uns aus Düsseldorf zugeht und der erkennen läßt, daß Frankreich kein Recht hat, sich zu den Nationen zu rechnen, nachdem es nicht nur die farbige Rasse der weißen am Rhein überdünelt, sondern noch Strafmethoden gegen wehrlose und harmlose Kriegsgefangene zur Anwendung bringt, die im Mittelalter üblich waren.“

Am Donnerstag, den 26. Januar 1922, fehrte abends gänzlich unerwartet ein Düsseldorfiger Kaufmann zu seiner alten verwitweten Mutter aus der französischen Gefangenschaft heim. Drei Jahre lang hatte er nicht mehr eine Zeile nach Hause schreiben dürfen. Mehr als drei Jahre hatte er in dem gerüchtesten süßfranzösischen Zuchthaus in Avignon in Ketten

angefächelt, gefesselt, nicht gelassen. Jeden Tag wurden er und noch eine Anzahl anderer deutscher Kameraden in düsterem Kerker sechs Stunden an Armen und Beinen in schwere eiserne Ketten gelegt, so daß sie weder stehen noch gehen, sondern eng an eine feuchte kalte Mauer gedrückt, sitzen konnten. Welch furchtbare Seelen- und Körperqual! Wie junge Hunde haben die armen deutschen Gefangenen an ihren Ketten geküßt, in sie hineinzubeißen versucht, und sie mühten sich ohnmächtig und stumpfsinnig in ihren Fesseln zu befreien. Die Armbänder des jungen Mannes sind von dem Kettenrud ganz getrümmert, die Arme sind voller großer Narben und ganz gefühllos geworden. Ein Streichholz, mit dem er sich eine Zigarette anzündete, verbrannte ihm ganz die Finger, ohne daß er es merkte. Auch der übrige Körper trägt die Spuren französischer Gewehrkugeln und Stiefel allzu deutlich. Das Betrübenste aber ist, daß der einst intelligente junge Kaufmann in seiner siebenjährigen Gefangenschaft ganz blöde geworden ist. Die französischen Justizbeamten in Vignon haben ihn geistig gebrochen. Als seine arme Mutter ihm 150 M. gab, damit er sich etwas zugute tun könnte, kaufte er sich wie ein kleines Kind ohne Überlegung Bonbons, Schokoladen, Bröckchen, um sie ohne Unterlaß zu verschlingen. Und warum litt dieser arme Mann so? Warum mußte er von den Franzosen solche mittelalterlichen Kriegsgefangenschaftsqualen erdulden? Weil er sich von Hungersqualen gequält im französischen Gefangenenlager ein Stück Brot ohne Erlaubnis genommen hatte und weil er wie so viele erlebende Soldaten sich durch die Mühsal der Gefangenschaft im Kriege zu entziehen versuchte, aber von den Franzosen eingekerkert wurde.

Noch 13 deutsche Soldaten leiden gleiche Qualen in Vignon für gleich geringfügige Vergehen. Wann wird die „edle“ französische Nation sie freilassen? 7 Jahre wird Frankreich sie noch in unmenschlichen Qualen festhalten. Warum stellt man die Franzosen, die dafür die Verantwortung tragen, nicht vor einen neutralen Gerichtshof? Dr. B. . .

Gegen die Anzeigensteuer.

In den nächsten Tagen wird sich der 11. Ausschuss des Reichstags erneut mit der Frage der Anzeigensteuer der Zeitungen beschäftigen. Hierzu schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“: „Die gesamte deutsche Presse fordert die Beseitigung dieser Steuer aus dem Umsatzsteuergesetz. Anzeigen sind kein Luxus, sondern oft die einzige Quelle, aus der die Zeitungen die ungeheuren unabwiesbaren Aufwendungen noch notdürftig bestreiten können. Es ist ein Übel, einem Gewerbe gegenüber, dessen Not von allen amtlichen und nichtamtlichen Stellen anerkannt ist, eine derartige Sonderbesteuerung aufrechtzuerhalten. Das ist umso weniger zu rechtfertigen, als weder Großindustrie noch Großhandel einer derartigen Ausnahmebesteuerung unterliegt. Die deutschen Verleger wollen gern die Steuerlasten, wie alle übrigen deutschen Bürger, tragen, aber gegen eine besondere Strafsteuer, anders kann man die Anzeigensteuer nicht nennen, müssen sie sich zur Wehr setzen. Wird nun endlich die Reichsregierung die Zusage, der Presse zu Hilfe zu kommen, welche sie zuletzt durch den Mund des Vizelandesbauers verkündet hat, durch eine Tat einlösen? Schon hat eine große Zahl deutscher Zeitungen infolge dieser hohen Sonderbesteuerung ihr Erscheinen einstellen müssen. Wenn die Regierung Wert darauf legt, daß der übrige Teil von der Presse der deutschen Volkswirtschaft noch weiter in seiner Selbständigkeit erhalten bleiben soll, dann ist es jetzt die höchste Zeit, zu handeln. Nicht schöne Worte bewahren die deutsche Presse vor dem Zusammenbruch, sondern Taten. Die Reichsregierung weiß, daß in der nächsten Zeit der Presse noch schwere Belastungen bevorstehen; Sonderbelastungen, wie die Anzeigensteuer, kann sie nicht mehr ertragen.“

Die feierliche Krönung Papst Pius XI.

Am Sonntag vormittag fand in Sankt Peter die feierliche Zeremonie der Krönung Pius XI. statt, der außer seiner Familie und höchsten Würdenträgern das am päpstlichen Stuhle beglaubigte diplomatische Korps und nahezu 50 000 Personen beizuhöhen. Nach der Krönung erteilte der Papst von der äußersten Spitze der Basilika der auf dem Platz versammelten Volksmenge den Segen, während die Truppen präsentierten.

Kurze polit. Nachrichten.

Sepp Dertter. Die Braunschweiger „Freiheit“ teilt mit, daß die braunschweigische Landtagsfraktion der U.S.P. den Beschluß gefaßt habe, den Abg. Dertter, der kürzlich vom Gericht wegen Weisheitslosigkeit, die er sich während seiner Amtsführung als Ministerpräsident zuschulden kommen ließ, verurteilt wurde, aus der Partei auszuschließen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die eigentliche Landtagsarbeit begann am gestrigen Montag. Fast alle Fraktionen waren zusammengetreten und berieten den ziemlich umfangreichen Staatsvoranschlag, der ab Dienstag nachmittags den Haushaltsausschuss beschäftigt. Es ist klar, daß sich die einzelnen Parteien über die verschiedenen Positionen des Staatsvoranschlags, der bekanntlich diesmal für zwei Jahre aufgestellt ist, für seine Behandlung in der Kommission und später im Plenum schlüssig machen müssen; deshalb wird dem Voranschlag seitens aller Parteien große Aufmerksamkeit gewidmet. Nach den Sitzungen der Fraktionen treten die Kommissionen in Tätigkeit. So geschieht es auch jetzt. Heute morgen waren Sitzungen der Geschäftsbordnungs-Kommission und der Ausschüsse für Rechtspflege und Verwaltung anberaumt, am Nachmittag tritt, wie schon bemerkt, der Haushaltsausschuss zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien zusammen. Dem Parlament liegt also von jetzt ab genügend Arbeitsstoff vor; es wird an seine Erledigung mit dem Ernst und dem Verantwortlichkeitsbewußtsein herangetreten werden, die das badische Volk von seinen Landtagsabgeordneten erwartet.

„Der politische Untersuchungsgefangene“

Unter dieser Überschrift hat der Hauptmann a. D. Erich Damm in Heidelberg durch den „Süddeutschen Zeitungsdienst“ einige kritische Bemerkungen in die Presse gebracht. Er beschwerte sich über die Behandlung politischer Untersuchungsgefangener in Baden und brachte auch Klagen vor über die Behandlung während seiner Untersuchungszeit in Mosbach und Heideberg.

Die Auslassungen Damms sind, wie man uns von der Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, unrichtig und unwahr. In dem von ihm erwähnten, von der Staatsanwaltschaft später eingestellten Verfahren ist kein Untersuchungsgefangener gefesselt oder „in Ketten“ transportiert oder vorgeführt worden. Damm hat in seiner vom 28. Mai bis 3. Juni zu Mosbach erlittenen Untersuchungshaft von vornherein alle nach der Dienst- und Hausordnung zulässigen Vergünstigungen weitestgehend gehabt, ebenso seine Mitgefangenen des selben Verfahrens. Während der vom 4. bis 23. Juni 1921 von Damm im Untersuchungsgefängnis Heidelberg erlittenen Untersuchungshaft hat er die am 5. Juni v. J. von ihm beantragten Vergünstigungen am 6. Juni ausnahmslos gewährt erhalten und sie bis zum Schluß der Haft genossen. Sie bestanden in Lese- und Schreiburlauben, Weis der Uhr, des Messer und Gabel. In Mosbach war ihm auf Wunsch tagsüber auch die Benutzung des Bettes gewährt, in Heidelberg hat er das nicht gewünscht. Von Amtswegen hat der Staatsanwalt veranlaßt, daß Hauptmann a. D. Damm für sich allein im Spazierhof ergehen durfte, sofort nachdem der Staatsanwalt hierauf selbst aufmerksam geworden war.

In jeder Zelle der badischen Strafanstalten ist übrigens ein Abbild der Dienst- und Hausordnung aufgelegt, so daß alle Untersuchungsgefangenen hinsichtlich der zulässigen Vergünstigungen sich unterrichten können. Nach dem § 65 dieser Hausordnung für Kreis- und Amtsgefängnisse ist in Baden für die Behandlung aller Untersuchungsgefangenen maßgebend, daß ihre Schuld noch nicht festgestellt und ihre Einsperrung nur dem Zweck hat, eine Flucht oder die Erdwörung der Feststellung einer Straftat zu verhindern. Nach diesen Bestimmungen ist auch im Falle des Hauptmanns Damm verfahren worden; die in einigen Blättern erscheinende Kritik ist deshalb unberechtigt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmnisse.

Alle seit Einstellung des Verkehrs, also seit 2. Februar getroffenen Verkehrsbeschränkungen, sind aufgehoben. Aufgehoben sind ferner Annahmehemmnisse für Frachttgutverladungen nach und durch die Bezirke Köln und Essen sowie nach Sachsen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei Landesverband Baden.

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei Landesverband Baden, hielt am Sonntag in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der folgende Entschlüsse gefaßt wurden: „Der geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes Baden der D. V. P. billigt die sachliche u. wirkungsvolle Arbeit der Landtagsgruppe und hat das volle Vertrauen zu ihr, daß sie die Grundzüge der Partei mit Nachdruck zur Geltung bringen wird.“

DZ. Rheinschiffahrt.

Infolge der Eisbildung ist die Rheinschiffahrt in der vergangenen Woche fast ganz zum Stillstand gekommen. Nur nach einigen obererheinischen Häfen konnten einige wenige Schiffe abgefertigt werden. Die Dampfschiffe lassen vor Anker die Maschinen langsam laufen, um eine Vereisung zu verhindern.

DZ. Hanau, 12. Febr. Die Einkaufsgesellschaft für Saanua-Land.

Die Einkaufsgesellschaft für Saanua-Land, die die Versorgung des eigenen und auch der benachbarten Kommunalverbände übernommen hat, schließt mit einem Verlust von mehreren Millionen Mark ab, der auf die schlechten Valutaverhältnisse zurückzuführen ist.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus dem Stadtratssbericht vom 10. Februar.

Einschränkung des Unterrichts wegen Kohlenmangels. Da infolge des Eisenbahnstreiks und der strengen Kälte die in den Kellern einzelner Schulhäuser noch lagernden Kohlenvorräte zur Heizung aller Schulen nicht ausreichen, muß der Unterricht an den hiesigen Schulen beschränkt und teilweise zusammengelegt werden.

Verstaatlichung der amtlichen Fürsorgestelle. Nachdem der Bezirksverein Karlsruhe des Reichsbundes der Kriegesgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen den Antrag auf Verstaatlichung der bisher dem Stadt. Fürsorgeamt angegliederten amtlichen Fürsorgestelle gestellt hat, beschließt der Stadtrat gegen die Abtretung dieser Aufgabe an die Staatsbehörde seinerseits keine Einwendungen zu erheben, falls der Staat sich zur Übernahme der Fürsorgestelle entschließt, obwohl nach Meinung des Stadtrats die bisherige Art und Weise der Versorgung der Geschäfte der amtlichen Fürsorgestelle durch das Fürsorgeamt keinen Anlaß zu einer Änderung gibt. Dabei gibt der Stadtrat dem Wunsch Ausdruck, daß jedenfalls auch die künftige staatliche Fürsorge angehalten wird, ein enges Zusammenarbeiten mit dem städtischen Fürsorgeamt besonders in der Jugendfürsorge zu pflegen.

Grundstückserwerb. Der Stadtrat stimmt der Erwerbung von 18 144 Quadratmeter Industrie- und Baugelände im Anleier Feld und im Stadteil Mühlburg zu.

Unbefestetes Betreten des Stadtparkes. Die junge Vurschen, die über die Einfriedigung in den Stadtpark einfliegen, ohne im Besitz einer Eintrittskarte zu sein, wurden durch Strafbefehl des Amtsgerichts bezw. Jugendgerichts wegen Hausfriedensbruch zu Geldstrafen von je 50 M. bezw. je 30 Mark und zur Tragung der Kosten, im Falle der Unbedringlichkeit zu je 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

DZ. In dem Schiedsspruch in der Lohnbewegung der Gemeinbedarbeiter hat die Lohnkommission der Gemeinbedarbeiter dahin Stellung genommen, daß in den Filialen eine Abstimmung über Annahme oder Ablehnung statzufinden hat. Der Zentralverband der Gemeinbedarbeiter (Christliche Gewerkschaft) hat den Schiedsspruch einstimmig angenommen.

Badische Gemeinbeschau.

Ausbildung der Gemeinbedarbeiter.

Der Zentralverband der Gemeinbedarbeiter Badens erhalten wir folgende Mitteilung: Die besondere Ausbildung der Gemeinbedarbeiter erweist sich durch die Schwierigkeit der Verhältnisse immer mehr als notwendig. Zwei Gründe sind es, die hauptsächlich in Betracht kommen, nämlich die Anzahl von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen, die täglich beachtet werden müssen, und die Notwendigkeit, aus dem wenigen, was uns noch übrig blieb, das Beste heraus zu holen, also mit den geringsten Mitteln die höchste Leistung zu erlangen. Dem Ziele läßt sich nur

näher kommen, wenn der praktischen Tätigkeit eine gute theoretische Ausbildung vorausgeht oder folgt, wenn so die persönliche Leistungsfähigkeit des einzelnen gefördert wird und damit die Beamtenzahl vermindert werden kann. Schon vor dem Kriege ist die Ausbildung der Gemeinbedarbeiter Gegenstand der Behandlung gewesen. Man konnte freilich zu nennenswerten Ergebnissen nicht kommen; die Verhältnisse waren damals noch günstiger. Die Not stand noch nicht drohend vor der Tür. Um so begrifflicher ist es, daß die Städte bezw. Gemeinverbände und die Organisation der Gemeinbedarbeiter sich nun dazu entschlossen haben, besondere Ausbildungskurse und Prüfungen abzuhalten.

Zurzeit hält der Zentralverband der Gemeinbedarbeiter Badens mit dem Badischen Gemeinverband Ausbildungskurse für die Beamten der Landgemeinden ab, die gewissermaßen als Vorstufe für die künftig abzuhaltenden Prüfungen angesehen werden können. In den Prüfungen haben später alle Gemeinbedarbeiter unter 30 Jahren, soweit sie Anspruch auf Einstufung in bestimmte Gruppen erheben, mit Erfolg teilzunehmen. Die Bürgermeister sind natürlich nicht inbegriffen. Bei älteren Gemeinbedarbeiter genügt der Besuch von besonderen Ausbildungskursen.

Der erste Kurs fand in der Zeit vom 22. bis 28. Januar 1922 veruchsweise im Gemeinbedarbeiter-Erholungsheim (Balnhaus Jakob) in Konstanz statt.

Stadtratsrat Dr. Rösch in Konstanz behandelte das Gemeinbedarbeiter und die Rechtskunde, Amtmann Kollhoff vom Bezirksamt Konstanz das Verwaltungs- und Polizeirecht und Geschäftsführer Grampy vom Badischen Gemeinverband in Karlsruhe das Bürgerrecht, die Steuererhebung und die Gemeinbedarbeiter. In die einzelnen Vorträge schloß sich eine Besprechung praktischer Fälle und Fragen an.

Weitere Ausbildungskurse werden im März im Beamten-Erholungsheim zum „Eternen“ in Hüllsteg und im April im Erholungsheim zum „Wiedenselsen“ abgehalten. Es ist anzunehmen, daß die Beteiligung eine recht große sein wird.

Gemeinbedarbeiterverwaltungsfragen.

Vom Städtischen Nachrichtenamt Karlsruhe geht uns folgender Bericht zu:

Der Vorstand des badischen Städteverbandes tagte am 4. d. Mts. in Pforzheim. In der Sitzung wurde zu folgenden Angelegenheiten Stellung genommen:

Den von Oberbürgermeister Dr. Kuter-Mannheim im Hauptauschuss des Städteverbandes aufgestellten Richtlinien für die Behandlung der Schulfragen wurde einstimmig beigestimmt.

Die Milderung des § 26 Abs. 2 des Ortsstrafengesetzes nach der Richtung, daß die Straßenreinigungsgelöhne unmittelbar von den Mietern und Pächtern erhoben werden kann, soll erneut beantragt werden. Die Zurückstellung der Angelegenheit bis zum Erlass des Reichsstrafengesetzes hält der Vorstand nicht für angeeignet.

Die Vereine für Lebensübung und Jugendpflege werden von den Städten in erheblicher Weise unterstützt. Um ein richtiges Bild über die Gesamtaufwendungen für diesen Zweck zu erhalten, wird den Städten empfohlen, die an verschiedenen Stellen der Voranschläge erscheinenden Posten in einem Sammelposten zusammenzufassen.

Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, aus Anlaß der Abänderung des Landessteuergesetzes auch eine Abänderung des badischen Steuerverteilungsgesetzes vorzunehmen, insbesondere bezüglich der Bildung des Lastenausgleichsfonds. Der Vorstand muß, wenn mit der Abänderung eine Verschlechterung der Stellungnahme der Gemeinden beabsichtigt sein sollte, hiergegen ernstlich Verwahrung einlegen. Er muß ferner grundsätzlich verlangen, daß den Städten die Entwürfe der Gesetze rechtzeitig mitgeteilt werden, daß ihnen eine eingehende Stellungnahme möglich ist. Des weiteren beschließt der Vorstand, eine dringende Vorstellung bei der badischen Regierung dahingehend zu erheben, daß endlich raschestens die bestehenden Steuern veranlagt und erhoben werden.

Der Gemeinbezugschlag zur Wertzuwachssteuer entspricht nicht mehr den bestehenden Verhältnissen. Es soll beantragt werden, daß die Höchstgrenze für den Gemeinbezugschlag auf 50 Proz. des Wertzuwachses gesetzlich festgesetzt, im übrigen aber den Gemeinden völlige Freiheit über die Ausgestaltung des Zuschlags gewährt wird. Die Gebührensätze der Gemeinbezugschlagordnung sind unzulänglich. Es soll Erhöhung auf den Behnfsache des Friedensstandes beantragt werden.

Da der Erlass des Kommunalabgabengesetzes wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, soll angestrebt werden, durch ein Notgesetz die für die Gemeinden noch bestehenden Schranken in der Erhebung örtlicher Abgaben zu beseitigen. Der Entwurf eines solchen Notgesetzes soll aufgearbeitet werden.

Die Aufstellung einer einheitlichen Gemeinbefragung für die Ansehens- und Hinterbliebenenversorgung der Gemeinbedarbeiter gemäß § 71 der neuen Gemeindeordnung soll in die Wege geleitet werden. Es soll beim Ministerium beantragt werden, den Städten in allen die Jugendwohlfahrt betreffenden Fragen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Dabei erachtet es der Vorstand als notwendig, die Bearbeitung der Angelegenheiten der Jugendwohlfahrt bei einem Ministerium zusammenzufassen. Die bestehende geteilte Zuständigkeit bei verschiedenen Ministerien kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Der Vorstand tritt dem Landesauschuss für die Altershilfe bei und bezieht den Vertreter des Städteverbandes des im Ausschuss.

DZ. Mannheim, 12. Febr. Die Arbeiten am Redarkanal werden neue Pläne auf für die Gestaltung des Stadtbildes innerhalb des angrenzenden Geländes und die Ergrünung Verkehrs- und wirtschaftsbedingender Möglichkeiten. So ist jetzt die Auffüllung des linksseitigen Redarvorlandes oberhalb der Friedricksbrücke geplant, für die 20 000 cbm Auffüllungsmasse notwendig sind. Gegen Erstattung der Transportkosten von der Ausbesserung am Redar wird der Stadt hierfür das für den Bau des Redarkanals anfallig werdende Ausbesserungsmaterial zur Verfügung gestellt. Die Durchführung des Planes erfordert 8 820 000 M. — Auf dem gleichen Gebiet liegt die geplante Auffüllung des Redarvorlandes weiter gegen Seckenheim zu, für die 500 000 M. veranschlagt werden.

Wahlen, 10. Febr. Der Bürgerauschuss genehmigte in seiner letzten Sitzung einstimmig den Ankauf von Baugelände im Betrage von 70 000 M. und einen Kredit in Höhe von 600 000 M. an die Gemeinnützige Baugenossenschaft Wahlen.

DZ. Wehr, 13. Febr. Der Bürgerauschuss hat mit 29 gegen 21 Stimmen die städtische Vorlage abgelehnt, die den Verkauf des früheren Gasthauses „Zur Krone“ an die Mech. Weberei betraf. Die Weberei wollte das Haus für Arbeiterwohnungen umbauen. Der Bürgerauschuss war jedoch der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die Aufwendungen der Gemeinbedarbeiter für dieses große Anwesen der Kaufpreis zu niedrig sei. — Für die Anschaffung einer Motorspritze, die in Seppheim stationiert werden soll, hat der Bürgerauschuss einen namhaften Beitrag bewilligt.

Freie Aussprache.

Wir beabsichtigen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgegrenzten Rubrik hauptsächlich Darlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Rubrik außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Unser täglich Brot gib uns heute.

Soziale Betrachtungen der Gegenwart.

Von einem Zentrumspolitiker wird uns geschrieben: Mit der Verteuerung des Brotpreises um etwa 75 Prozent wird die Vaterunser-Bitte zu einem sozialen Problem, zu einem Bittgebet für alle, denen das Geld nicht in den Beutel regnet. Die bevorstehende Brotpreiserhöhung ist ein furchtbares wirtschaftspolitisches Ereignis, das namentlich diejenigen Leute aufs schwerste trifft, die nicht imstande sind, noch etwas zu verdienen, also besonders die alten Leute und Kleintrentner. Aber auch alle diejenigen, die ein besseres Einkommen haben, die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden schwer belastet. Die unausbleibliche Folge werden neue Lohnforderungen und neue Preissteigerungen sein auch auf den anderen Gebieten. Wohin treiben wir? Daß diesem verderblichen Kreislauf einmal Abhilfe geschaffen werden muß, muß heute jeder erkennen. Die Neuordnung unserer Finanzlage und die Einführung größerer Sparfamkeit im staatlichen Betrieb lassen sich nicht mehr länger aufschieben.

Wer kennt denn die dunkelsten Ecken des Elends heute? Kommt da dieser Tage ein Mann zu mir und bittet um Arbeit. Er kann fast nicht arbeiten, bricht fast zusammen. Wann, was ist mit Ihnen? Ich habe seit 3 Tagen keinen Bissen gegessen! Ja, gibts denn das auch? Ich habe keinen Pfennig Geld. Ja, das gibt es heute. Es ist jener Teil unseres Volkes, der zu den verächtlichsten Armen und Elenden gehört, die sich genieren, irgendwo um Unterstützung einzukommen, die im Frieden vielleicht ein kleines Einkommen oder eine kleine Rente hatten und sich heute — fast hätte ich mich vermaßen zu sagen — von schwarzem Kaffeesatz und Brot ernähren. In diesen Kreisen herrscht ein Elend, das man sich nicht ausmalen kann. Und es steigt von Tag zu Tag mit der Geldentwertung. Alle Stände konnten mehr oder weniger wenigstens einen Teil der Geldentwertung wieder ausgleichen. Die Bauern durch Preissteigerung aller Lebensmittel, die Gewerbetreibenden durch entsprechende Preise, die Arbeiter und Beamten durch Gehalts- und Lohnsteigerungen. Aber die Klasse der Kleintrentner, der Kleinrentner, Arbeitsunfähigen und Arbeitslosen kann keine Teuerung durch Streit abwägen auf andere oder von anderen tragen lassen.

Was bisher für sie getan wurde, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es gibt Leute, welche noch 80—200 M. Rente im Monat haben, Geld für 10—20 Laib Brot im Monat, sonst nichts. Diese Armen — und es sind namentlich in den Großstädten nicht wenige — sehen nur noch 3 Wege vor sich: 1. Sie brauchen ihre paar Spargroschen aus der Friedenszeit in kurzer Zeit auf und stehen dann vor dem Nichts, oder sie wollen 2. ihr heute kleines Kapital als einzige Einnahmequelle sich erhalten und sterben durch anhaltende Entbehrung langsam dahin. (Tatsächlich sterben Angehörige dieser Stände rapide hinweg.) Oder sie ziehen 3. einen raschen freiwilligen Tod einem qualvollen Hungertod vor: ein erschreckender Weg, der nach den Berichten der Selbstmordstatistiken der letzten Zeit in schauerlicher Vermehrung der Angehörigen der oben genannten bescheidenen Stände in Betrachtung gewählt wird. Da es sich meist um alte, kränkliche und schwache Leute handelt, vielfach um Personen, die noch fremder Hilfe bedürfen, ist Selbstverleugern meist nicht möglich. Hier hat die Allgemeinheit vor allem der Staat, die Pflicht, einzugreifen. Denn er war es auch, dem diese Armen ihr Vermögen größtenteils, mitunter ganz geopfert haben, und dessen rechtliches Einkommen daraus nun durch die Papiergeldflut zu nichts zu gerinnen beginnt. Diese Armen gaben einmals ihr gutes Gold und erhielten dafür Staatspapiere und Renten, die im Werte dem Gold gleich waren und für die sie jederzeit Gold eintauschen konn-

ten. Nun aber ist der Wert dieser Papiere durch die Geldentwertung um das 80fache gesunken. Diese Leute haben 97 Prozent ihres Vermögens und Einkommens an den Staat verloren, sie erhalten nur 3 Prozent des Goldes dafür, das sie im Frieden hingegeben haben und können sich nur 3 Prozent der Ware kaufen, welche sie sich aus der Rente im Frieden kaufen konnten. Den Anderen, den Besitzern von Gütern, Fabriken, Sachwerten, Aktien usw. hat man nicht nur ihren vollen Goldwert gelassen, sondern ihnen zu den Goldwerten neue Papierwerte gegeben, welche sie auf der anderen Seite den Kleintrentnern abgenommen hat.

Für den Staat gibt es zur generellen Lösung dieses Elendsproblems nur 4 Wege: 1. er sorgt wieder für Golddeckung, erklärt, wenn dies nicht möglich ist, den Bankrott, stellt die Auslandszahlungen ein und sorgt für eine gerechte Verteilung der Konsummasse. Dieser Weg dürfte aus den verschiedensten Gründen nicht gangbar sein.

2. Der Staat erweitert den Begriff der Golddeckung zur Sachdeckung. Es ist ein Unsinn, wenn nur das Gold in der Reichsbank die Deckung für die Währung darstellen soll, wo im Lande Milliarden Goldwerte anderweitig verankert sind in Sachwerten. So aber erleben wir, daß das Geld derjenigen, welche darüber „Guthabe“ hatten (Papier), fast restlos vom Staate erfährt wurde, während das Gold der anderen, sei es reines Gold, seien es Sachwerte, in deren Besitz völlig geblieben ist. Hierzu ein Beispiel: A und B hatten im Frieden ein Vermögen von 100 000 M. A gab sein Gold dem Staate gegen Papiergeld, B legte das seine in Sachwerte an. Heute hat A, da Papiergeld 36 mal weniger wert ist als Gold, noch Mark 100 000 : 36 = 2777 Goldmark. B dagegen hat noch dieselben 100 000 M. in Goldmark als Wert oder 3 600 000 M. Papiergeldwert. Er ist also 36 mal reicher als A. Dabei zahlt A von seinen 100 000 M. Papiergeld wahrscheinlich ebensoviel, ja sogar noch mehr Steuern als B von seinen 100 000 Goldmark. A bezieht noch eine Rente von etwa 4000 M. Papiergeldwert, B aber von etwa 40—60 000 M. A hat dem Vaterland Vermögen und Einkommen geopfert und hungert, B hat vom Vaterland noch genommen und lebt mitunter in Saus und Braus sein Schlemmerleben.

3. Der Staat könnte dem Rentner solch hohe Teuerungszuschüsse geben, daß diese ein Mindesteinkommen zur Existenzsicherung erhalten. Das würde freilich ein erhöhtes Arbeiten der Notenpresse und eine weitere Geldentwertung bedeuten.

4. Der Staat nimmt eine allgemeine Schuld auf, mit welcher er den Geschädigten für ihre früheren Goldwerte entsprechende Papierwerte heute hinausgibt, natürlich nur insoweit, als es die Sicherung der Existenz dieser Leute erfordert.

Ein weiterer Weg zur inneren Gesundung wäre meines Erachtens eine allgemeine Neuwährung, eine Zusammenlegung des kurrendenden Papiergeldes, eine vollständige Stabilisierung der Wala nach dieser Operation, eine Ausgleiche des Staatsrats, eine Einstellung der Notenpresse und damit eine Höherbewertung der Mark im Inland, was zugleich eine nominelle gewaltige Herabsetzung der Preise und damit auch der Löhne und Gehälter, damit der Steuern und Ausgaben im Innern bedeuten würde.

Staatsanzeiger.

Zu vergeben sind 6 Eheaussteuerpreise von je 571 M. 42 Pf. aus der Georg-Elisabeth-Stiftung und aus der Maria Viktoria Stiftung (dem sog. altpfälzischen Fonds) in Baden an verwaiste oder vaterlose und andere tugendhafte, arme katholische Mädchen aus der vormaligen Markgrafschaft Baden, die sich mit einem katholischen Manne berechnen und über einen ehrbaren und arbeitsamen Lebenswandel ausweisen. Unter sonst gleichen Verhältnissen erhalten diejenigen, welche durch vier und mehr Jahre in dem nämlichen Dienst standen, den Vorrang. Verleihungsgesuche sind innerhalb 14 Tagen mit Zeugnissen über Geburt, Bekenntnis, sittliches Verhalten und treue Dienstleistung, bei der Gemeindebehörde des Heimatortes einzureichen und von diesen binnen weiteren 14 Tagen dem Bezirksamt mit begründetem Antrag der Vermögens- und Familienverhältnisse, vorzulegen. Nur solche Bewerberinnen werden berücksichtigt, die zum Zeitpunkt der Verleihung der Preise noch nicht verheiratet sind.

Karlsruhe, den 2. Februar 1922.
Verwaltungshof.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Verwaltungsobersekretär Julius Ebert beim Statistischem Landesamt zum Verwaltungsinспектор.

Verwaltungshof.

Das Staatsministerium hat den Anstaltsoberarzt auf wichtigerer Stelle Medizinalrat Dr. August Segar bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zu jener in Emmendingen und den Anstaltsoberarzt Medizinalrat Dr. Walter Buchs in Emmendingen unter Ernennung zum Anstaltsoberarzt auf wichtigerer Stelle zur Anstalt in Wiesloch berufen.

Ernannt:

Verwaltungsobersekretär Max Veron bei der Heil- und Pflegeanstalt Mienau zum Verwaltungsinспектор beim Verwaltungshof.

Planmäßig ange stellt:

Die Pfleger bei den Heil- und Pflegeanstalten: Rilian Plas, Otto Schneider in Emmendingen, Otto Weisenbach, Sebastian Belsm, Gregor Weber, Alois Hess, Wendelin Willmoes in Wiesloch, Hermann Klump, Johann Brucker, Alois Scheuble bei Konstanz, Andreas Vogel in Mienau.

Berufen:

Maschinenmeister Albert Schulz, Oberpfleger Adam Schreter und Bergehilfs Adolf Mast bei der Heil- und Pflegeanstalt Forzheim zu jener in Emmendingen, Oberverpfleger Johann Burthardt in Forzheim zu jener in Wiesloch.

Zurufsetzung:

Oberverpfleger Wilhelm Schrafft und Oberpfleger Wilhelm Schürle bei der Heil- und Pflegeanstalt Forzheim.

Justizministerium.

Ernannt:

Oberaufseher Friedrich Kahner beim Amtsgefängnis Kehl zum Inspektor beim Amtsgefängnis Mannheim, Oberverpfleger Heinrich Leber bei der Landesstrafanstalt Bruchsal zum Oberaufseher beim Amtsgefängnis Kehl, Aufseher Karl Gailing beim Justizhaus Bruchsal zum Oberverpfleger bei der Landesstrafanstalt Bruchsal, Aufseher August Schöpf beim Landesgefängnis Mannheim zum Oberaufseher und die Schreibgehilfin Anna Freund beim Notariat Schopfheim zur Kanzlistin.

Berufen:

Die Justizobersekretäre Heinrich Fackler beim Landgericht Mosbach zum Amtsgericht daselbst, Eugen Kausch beim Amtsgericht Karlsruhe zur Staatsanwaltschaft daselbst und Karl Köhler bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst sowie die Justizassistenten Georg Zimmer beim Notariat Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst und Adolf Schirmer beim Amtsgericht Karlsruhe zum Notariat daselbst.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Lehramtsprokurent Dr. Lambert Kunze von Neute zum Professor an der Handelsschule in Forzheim, Regierungsbeamter a. D. Richard Handt von Wiesloch, zum Gewerbelehrer an der Gewerbeschule in Kastatt.

Berufen:

Dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Wolfgang Wundelband die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Kath. Kultus.

Der von Seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Eßliden, Dekanats Reichart, ernannte Pfarrer Anton Käfer, seither Pfarrer in Idenheim, wurde am 22. Januar 1922 kirchlich eingesetzt.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

zum Forstmeister: Forstamtmann Karl Ganter in Karlsruhe und Hermann Bock in Waldkirch, zum Forstamtmann: Forstinspektor Emil Wiswetter in Kandern, Dr. Karl Ganter in Freiburg, Max Winkenbach in Milingen, Emil Kurz in Forzheim.

Übertragen:

das Forstamt Hudenfeld dem Forstmeister Konstantin Schairer, das Forstamt Offenbürg dem Forstmeister Theodor Dittmann, das Forstamt Einsheim dem Forstmeister Reinhard Engesser, das Forstamt Furchwangen dem Forstmeister Joseph Falk, das Forstamt Eppingen dem Forstmeister Karl Ganter, das Forstamt Korf dem Forstmeister Hermann Bock.

Gestorben:

Oberpfleger Ludwig Oberfell bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Zur Beachtung!

Gemäß den Beschlüssen des Vereins süddeutscher Zeitungs-Verleger sind die Zeitungen gehalten:

1. Kurze Hinweise im redaktionellen Teile des Blattes auf Veranstaltungen von Vereinen (auch Sportklubs), ebenso Vorträge und Vorstellungen aller Art nur in Verbindung mit einer Anzeige am Tage oder Vortage des Stattfindens der Veranstaltung aufzunehmen. Diese kurzen Hinweise dürfen keine Angabe über Eintrittsgeld, Kartenverkauf, Beginn usw. enthalten. Eine Ausnahme findet nur statt bei Veranstaltungen von nationaler und kultureller Bedeutung, wenn es sich um Wohltätigkeitsveranstaltungen handelt.
2. Einsendungen von Behörden zwecks Umgehung des Anzeigeteiles abzulehnen.
3. Jede direkte oder versteckte Geschäftsreklame im redaktionellen Teile abzulehnen.

Zur Vermeidung von Auseinandersetzungen bitten wir unsere Leser von diesen Grundsätzen Kenntnis zu nehmen und weitergehende Wünsche, deren Erfüllung uns unmöglich ist, nicht zu äußern.

Karlsruhe.

Verlag und Redaktion

des Badischen Beobachters,
der Badischen Landeszeitung,
der Badischen Presse,
des Karlsruher Tagblattes,
der Karlsruher Zeitung,
des Volksfreunds.

Hochbauarbeiten für die neue Siedrohrwerkstätte an der Hauptwerkstätte Karlsruhe zu vergeben. Mechaniker, Verputz, Glaser, Schreiner, Schlosser und Anstreicharbeiten. Pläne und Bedingungen auf dem Baubüro im Hofe des Verwaltungsgebäudes der Hauptwerkstätte Eingang Wiedlandstraße von 8—12 Uhr vormittags zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsvorbrücke. Kein Versand nach auswärtig. Angebot verschlossen und mit der nötigen Aufschrift bis längstens Samstag, den 18. Februar 1922, vormittags 10 Uhr, auf dem Baubüro der Hauptwerkstätte einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. L. 908.2. Karlsruhe, 10. Febr. 1922. Hochbaubüro der Eisenbahngeneraldirektion.

Leos Füllfeder
Freuhand
Das moderne Schreibgerät für Zeit- und Geldersparnis
mit Randspitze · Kugelspitze und Schrägschreibspitze.
Durch alle Schreibwarenengeschäfte zu beziehen.
All. Fabrikant: E.W. Leo Nadtl. Leipzig - Pl.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 15. Febr. 7—10 Uhr. Mk. 25.—.

Volksbühne

G 4 Freund Heißsporn.

Mieter- u. Untermieter-Vereinigung Karlsruhe

(G. B.) Mitgl. des Landesverbandes u. Bund Deutscher Mietervereine. Geschäftsstelle: Morgenstr. 31p.

Sprechstunden täglich 5-7 Uhr, Mittwoch 8-9 Uhr

abends „Unter den Linden“, Kaiserallee 71. A. 977

Hausbeamtin,

ebang., sucht auf 1. April

Stelle. Zuschriften erbitten

Käthe Drexler,

Mittdorf (S. G.)

Bindenaustr. 26.

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R. frei

Eisenmattfabrik Suhl (Thür.)